



Verband der Solidarität freier Wohlfahrtsorganisationen e.V.

Info-Brief März 2021

EU Informationen

Aufruf zum neuen Programm Erasmus+ 2021-2027

Die Europäische Kommission hat am 25. März 2021 den Aufruf zum Programm Erasmus+ 2021-2027 veröffentlicht. Das neue Programm ist mit einem Budget in Höhe von über 28 Milliarden Euro ausgestattet, was fast einer Verdoppelung des Programmbudgets der Vorgängergeneration entspricht. Das Programm soll inklusiver und grüner werden. Digitalisierung und europäische Werte bzw. die Förderung von Partizipation spielen eine wichtige Rolle.

Alle Infos, den Programmleitfaden und die Antragsformulare finden sie auf der [Internetseite](#) der Nationalen Agentur beim BIBB (NABIBB)

REGIOSTARS Awards 2021 gestartet

Jedes Jahr prämiert die Europäische Kommission EU-finanzierte Projekte, die in herausragender Weise innovative und inklusive Ansätze in der regionalen Entwicklung unter Beweis stellen. Die Preise werden in fünf Kategorien verliehen, die allesamt wesentliche Bestandteile der EU-Regionalpolitik darstellen. "INTELLIGENTES Europa" umfasst Unternehmen und Projekte, die durch gesteigerte Digitalisierung auch die eigene Wettbewerbsfähigkeit ausbauen. "GRÜNES Europa" zielt ab auf die Förderung widerstandsfähiger Gemeinden, "FAIRES Europa" beinhaltet Antidiskriminierung und Inklusion und "STÄDTISCHES Europa" alle Bemühungen zum Ausbau nachhaltiger Lebensmittelsysteme in funktionalen Stadtgebieten.

"THEMA DES JAHRES" ist der Ausbau der grünen Mobilität, ganz im Sinne des "Europäischen Jahres der Schiene 2021". Bewerben können sich alle Projekte, die in der aktuellen und vergangenen Förderperiode durch den ESF gefördert wurden.

Einsendeschluss ist der 9. Mai 2021.

Alle Infos zur Bewerbung finden Sie auf den [Internetseiten](#) des Bundes-ESF.

Neue Strategie für Menschen mit Behinderungen

Die EU-Gleichstellungskommissarin Helena Dalli hat Anfang März 2021 eine neue und verstärkte Unionsstrategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen vorgelegt. Ziel ist es bis 2030 die Situation der mehr als 87 Millionen Menschen mit Behinderungen so zu verbessern, dass sie gleichberechtigt an allen Bereichen des Lebens teilhaben können.

Die neue Strategie sieht u.a. vor, bis 2023 einen Europäischen Behindertenausweis einzuführen und eine Initiative zur Verbesserung der sozialen Dienste zu starten. Geplant ist außerdem eine Plattform zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit einer Behinderung in den Mitgliedstaaten.

Erste Einblicke in die "Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen (2021-2030)" finden Sie auf den [Internetseiten](#) der Europäischen Kommission.

Den Beschluss "Internationaler Schutz der Rechte und Grundfreiheiten von Menschen mit Behinderungen" finden Sie ebenfalls auf den [Internetseiten](#) der Europäischen Kommission.

Gender-Budgeting-Bericht 2020

Der Gender-Budgeting-Bericht 2020 für das Operationelle Programm (OP) der ESF-Programme des Bundes ist der dritte Bericht dieser Art in der Förderperiode 2014-2020. Im Bericht werden Ausgaben- und Teilnahmeanteile von Frauen und Männern programm- und prioritätsachsen-bezogen dargestellt.

[Weiterlesen](#)

Das Bundesprogramm “Ausbildung sichern“ wird verlängert und verbessert

Der Ausbildungsmarkt in Deutschland ist pandemiebedingt eingebrochen. Mit dem Bundesprogramm “Ausbildung sichern“ soll gegengesteuert werden. Die Bundesregierung hat unter anderem eine Verlängerung des Programms beschlossen. Für das neue Ausbildungsjahr werden die Prämien zum 1. Juni 2021 von 2.000 und 3.000 Euro auf 4.000 und 6.000 Euro verdoppelt. Die Zuschüsse zur Vermeidung von Kurzarbeit und die Förderung von Auftrags- und Verbundausbildung werden verbessert. Ein Sonderzuschuss hilft Kleinstunternehmen. Kosten für externe Vorbereitungskurse werden anteilig übernommen. Die Förderung einer Auftrags- oder Verbundausbildung wird attraktiver.

Alle Infos auf der [Internetseite](#) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS)

BMAS Förderbekanntmachung für neue Projekte aus dem Partizipationsfonds

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bietet für die Förderperiode 2021 (Projektstart ab Oktober 2021 oder später) aus dem Partizipationsfonds die Förderung neuer Projekte an. Mit diesen Projekten sollen die Fähigkeiten und Möglichkeiten bundesweit agierender Verbände und Organisationen von Menschen mit Behinderungen verbessert werden, um Politik und Gesellschaft auf Bundesebene gleichberechtigt mitzugestalten.

Förderfähig sind z.B. folgende Maßnahmen von Verbänden und Organisationen:

- Erstellung von barrierefreien Informationsmaterialien und Medien
- Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für in Selbstvertretungsorganisationen Tätige
- Ermöglichung von Veranstaltungsteilnahme für ehrenamtlich Tätige durch Kostenübernahme für behinderungsbedingten Nachteilsausgleich
- Gewährung von Assistenzleistungen bis zu einer Höhe von 6.000 Euro pro Jahr
- Unterstützung des Erfahrungsaustauschs

Antragsschluss ist der 22. Juni 2021. Weitere Infos dazu auf der [Internetseite](#) des BMAS

Bundesprogramm “Bildungsprämie“ um ein Jahr verlängert

Erwerbstätige können Prämiegutscheine der Bildungsprämie noch bis Ende 2021 erhalten, wobei die [Förderkonditionen](#) unverändert bleiben. Mit dieser Verlängerung sollen die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Weiterbildungs- und Beschäftigungsmarkt abgemildert werden. Das Beratungsverfahren auf Distanz wird bis zum Programmende im Dezember 2021 beibehalten.

Weitere Details zur Bildungsprämie finden Sie auf den [Internetseiten](#) des BMBF

Gemeinsame Aktion zur Stärkung von Ausbildungsbetrieben und jungen Menschen

Die Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung haben am 17.03.2021 eine Gemeinsame Aktion zur Stärkung von Ausbildungsbetrieben und jungen Menschen in der Corona-Pandemie beschlossen. Wesentliche Maßnahmen sind die Stärkung der beruflichen Orientierung, die Ausbildungsberatung und das Matching für Auszubildende und Betriebe und die finanzielle Unterstützung der Prüfungsvorbereitung von Auszubildenden. Außerdem erweitert und verlängert der Bund die Fördermöglichkeiten für ausbildende Betriebe.

Weitere Informationen in der [Pressemitteilung der Allianzpartner zur Gemeinsamen Aktion](#). Hier lesen sie den Text der [Gemeinsame Aktion zur Stärkung von Ausbildungsbetrieben und jungen Menschen in der Corona-Pandemie](#)

Vielfalt erkennen, Inklusion verankern

Die Behindertenbeauftragten von Bund und Ländern fordern den Auf- und Ausbau eines Berufsbildungssystems, das die Vielfalt von Menschen mit Behinderungen und ihre Poten-

ziale als Chance in der Berufswelt berücksichtigt. Junge Menschen mit Behinderungen sollten nicht mehr in bestimmte Berufe und Maßnahmen gedrängt werden, die angeblich für sie besonders geeignet seien.

Bei der 61. Konferenz der Beauftragten von Bund und Ländern für Menschen mit Behinderungen (KBB) verabschiedeten sie dazu eine gemeinsame "[Berliner Erklärung](#)".

“hib“ und “DIP“ – Meldungen Februar/März 2021 – In chronologischer Reihenfolge

Entwicklungen von Armut und sozialer Ungleichheit im Zuge der Corona-Pandemie

Antwort der Bundesregierung ([19/26481](#)) auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([19/26045](#)) vom 21.01.2021

Quelle: [Drucksache 19/26481 vom 05.02.2021](#)

Nutzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (Drucksache-DS:19/26910 – Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes)

Die Bundesregierung kann nicht beantworten, inwiefern das Starke-Familien-Gesetz zu einer höheren Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes bei Kindern und Jugendlichen geführt hat. Das schreibt sie in einer Antwort ([19/26910](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/26157](#)) der Fraktion Die Linke.

Die Regierung verweist darauf, dass eine gemeinsame Statistik zu Bildungs- und Teilhabeleistungen für alle Rechtskreise nicht existiere. So ließen die Daten des Rechtskreises SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) keine Rückschlüsse darüber zu, inwieweit die Zahlen auf das Starke-Familien-Gesetz zurückzuführen seien. Auch im Bereich des Bundeskindergeldgesetzes würde die Zahl der Empfänger dieser Leistungen nicht statistisch erfasst. "Die Einführung einer zusätzlichen Statistik- und Berichtspflicht konkurriert mit dem Anliegen des Programms der Regierung 'Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung'", heißt es in der Antwort.

Quelle: *hib-Meldung 278 vom 03.03.2021*

Anstieg bei Arbeitslosigkeit von Frauen (Drucksache-DS:19/27081 – Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Frauen im Leistungsbezug des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch)

Die Zahl der arbeitslosen Frauen ist im vergangenen Jahr etwas stärker gestiegen als die Zahl arbeitsloser Männer. Das geht aus der Antwort ([19/27081](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/26616](#)) der FDP-Fraktion hervor. Demnach ist die Arbeitslosenquote von Frauen zwischen Februar 2020 und Januar 2021 von 4,8 Prozent auf 5,8 Prozent gestiegen. Die Zahl der arbeitslosen Frauen ist um 22,9 Prozent gestiegen. Die Arbeitslosenquote von Männern ist in diesem Zeitraum von 5,7 Prozent auf 6,8 Prozent gestiegen. Die Zahl der arbeitslosen Männer ist um 19,7 Prozent gestiegen. Die Bundesregierung bezieht sich dabei auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: *hib-Meldung 299 vom 09.03.2021*

Rückgang bei der Leiharbeit (Drucksache-DS:19/27003 – Aktuelle Entwicklungen in der Leiharbeit)

Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit lag Ende Juni 2020 bei rund 700.000. Das geht aus einer Antwort ([19/27003](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ([19/26203](#)) der Fraktion Die Linke hervor. Aus den von der Regierung genannten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit wird ersichtlich, dass ein Jahr zuvor, Ende Juni 2019, noch deutlich mehr Menschen in einem Leiharbeitsverhältnis tätig waren, nämlich rund 830.000. Die Mehrheit der Leiharbeiter waren demnach Männer (rund 503.000), während die Zahl der Frauen bei rund 198.000 lag. Die Mehrheit der Beschäftigten hatte einen anerkannten Berufsabschluss (370.000), gefolgt von Menschen ohne Berufsabschluss (186.000) und jenen mit einem akademischen Abschluss (68.000).

Quelle: *hib-Meldung 299 vom 09.03.2021*

Sicherer Zugang zur Grundsicherung (*Drucksache-DS:19/27001 – Zugang zu Leistungen der Jobcenter während der Corona-Pandemie*)

Die Corona-Pandemie hat den Zugang zu Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nicht negativ beeinflusst. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/27001](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/26382](#)) der FDP-Fraktion.

So sei im Jahr 2020 die Bearbeitungsdauer trotz erhöhten Antragsvolumens bei Erstanträgen ab dem Vorliegen der vollständigen Antragsunterlagen in der Regel um mehr als einen Arbeitstag kürzer gewesen. Dies könne auf den erleichterten Zugang zum SGB II (Zweites Buch Sozialgesetzbuch) und dem damit einhergehenden verminderten Verwaltungsaufwand zurückzuführen sein...[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 302 vom 09.03.2021*

Mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderungen (*Drucksache-DS:19/27400 – Gesetzentwurf - Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie zur landesrechtlichen Bestimmung der Träger der Sozialhilfe (Teilhabebestärkungsgesetz)*)

Die Bundesregierung will die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen stärken. In dem von ihr vorgelegten Entwurf für ein Teilhabestärkungsgesetz ([19/27400](#)) geht es um zahlreiche Änderungen in den Sozialgesetzbüchern, die den Alltag von Menschen mit Behinderungen erleichtern sollen.

Die Regelungen betreffen unter anderem die Betreuung von Rehabilitanden im SGB II und III (Zweites und Drittes Buch Sozialgesetzbuch), ihre Betreuungssituation in den Jobcentern soll sich verbessern...

[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 319 vom 11.03.2021*

Mietkosten in der Grundsicherung (*Drucksache-DS:19/27099 – Die Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung*)

Im Jahresdurchschnitt 2019 hat es bundesweit rund 500.000 Bedarfsgemeinschaften gegeben, bei denen die laufenden tatsächlichen Kosten der Unterkunft (KdU) höher waren als die laufenden anerkannten KdU. Das geht aus einer Antwort ([19/27099](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/26125](#)) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor. In der Antwort heißt es weiter, dass die Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Jahresdurchschnitt 2020 einen Bestand von 26.900 Klagen im Sachgebiet KdU ausgewiesen hat, was einem Anteil von 17 Prozent an allen Klagen entspricht...

[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 319 vom 11.03.2021*

IT-System bei Jugendberufsagenturen (*Drucksache-DS:19/27313 – Jugendberufsagenturen (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/25770)*)

Am 22. Februar 2021 nutzen 14 Jugendberufsagenturen das IT-System "YouConnect". Grundsätzlich steht YouConnect allen Kooperationen seit dem 1. Januar 2021 zur Verfügung, betont die Bundesregierung in einer Antwort ([19/27313](#)) auf eine Nachfrage ([19/26764](#)) der FDP-Fraktion zur einer bereits gegebenen Antwort ([19/25770](#)) der Regierung zu diesem Thema.

Es werde davon ausgegangen, dass die Zahl der nutzenden Jugendberufsagenturen in den kommenden Wochen ansteigen werde, da der Einführungsprozess zeitintensiv und komplex sei: So müsse vor der Einführung eine Nutzungsvereinbarung geschlossen werden, Gremien, Ausschüsse, Trägerversammlungen und Personalräte müssten beteiligt, eine Freigabe des/der Datenschutzbeauftragten müsse eingeholt und Nutzer müssten eingewiesen werden, schreibt die Regierung.

Quelle: *hib-Meldung 319 vom 11.03.2021*

Unterschiede bei der Grundsicherung im Alter (*Drucksache-DS:19/27495 – Grundrente (Respektrente) – Versprechen, Wirkung, Bürokratie*)

Der durchschnittliche Bruttobedarf der Empfänger von Grundsicherung im Alter lag im Juni 2020 bei 828 Euro. Aufgeschlüsselt nach Bundesländern war der Durchschnittswert in

Sachsen mit 741 Euro am niedrigsten und in Hamburg mit 909 Euro am höchsten. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/27495](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/24791](#)) der AfD-Fraktion zum Thema Grundrente. Der Wert variiert wegen der Höhe der Lebenshaltungskosten wie zum Beispiel Mietenzahlungen...

[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 365 vom 22.03.2021*

Auswirkungen des Brexits auf Erasmus-Programm (*Drucksache-DS:19/27573 – Zukunft des europäisch-britischen Bildungsaustauschs nach dem Brexit*)

Zu den Auswirkungen auf die Entwicklung in Deutschland und im Vereinigten Königreich ist keine belastbare Prognose für die Zukunft des europäisch-britischen Bildungsaustausches nach dem Brexit möglich. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/27573](#)) auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion ([19/27112](#)). In den Jahren 2014 bis 2018 haben laut Bundesregierung 25.728 deutsche Studierende an einem Studierendenaustausch im Rahmen von Erasmus+ ins Vereinigte Königreich teilgenommen, darunter 16.898 Studierende für einen Studienaufenthalt und 8.830 Studierende für ein Praktikum. Die Erasmus-Projekte hätten eine Laufzeit von zwei Jahren, wobei jedes Jahr ein Aufruf erfolge.

Quelle: hib-Meldung 384 vom 24.03.2021

Beratung durch die Bundesagentur für Arbeit (*Drucksache-DS:19/27576 – Betreuung von Rehabilitanden durch die Bundesagentur für Arbeit in der Corona-Pandemie*)

Trotz schwierigerer und veränderter Rahmenbedingungen ist es gelungen, für Menschen mit Behinderungen auch während der Pandemie ein Informations-, Beratungs- und Maßnahmenangebot auf hohem Niveau sicherzustellen und fortzuführen. Das betont die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/27576](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/27114](#)) der FDP-Fraktion...

[Weiterlesen](#) in der *hib-Meldung 390 vom 25.03.2021*

Regierung verteidigt Optionskommunen (*Drucksache-DS:19/27611 – Zum Modell der Optionskommunen bei Jobcentern*)

Die Bundesregierung sieht derzeit keinen Anlass, am Modell der sogenannten Optionskommunen (Jobcenter in Trägerschaft der Kommunen und nicht der Bundesagentur für Arbeit) zu rütteln. Das schreibt sie in einer Antwort ([19/27611](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/27163](#)) der FDP-Fraktion. Die Regierung verweist in der Antwort auf den Entstehungsprozess der Einführung dieses Modells und auf Evaluierungen, die das Konzept bestätigt hätten.

Quelle: hib-Meldung 396 vom 25.03.2021

Arbeitsrecht

Kürzerer Urlaub nach Kurzarbeit Null

Mangels Arbeitspflicht entstehen während der Kurzarbeit Null keine Urlaubsansprüche. Für jeden vollen Monat der Kurzarbeit Null ist also der Urlaub um 1/12 zu kürzen. Der Umstand, dass die Kurzarbeit durch die Corona-Pandemie veranlasst ist, ändert nichts daran.

Landesarbeitsgericht Düsseldorf, [Urteil vom 12. März 2021 – 6 Sa 824/20](#) (Pressemitteilung)
Eine zusammenfassende Bewertung des Urteil auf [faz.net](#)

Aktuelles aus dem Internet

Starker Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit in der Corona Krise

Im Februar 2021 stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen auf mehr als eine Million, zum ersten Mal seit 2015. Es geht hier um Menschen, die länger als ein Jahr vergeblich auf Jobsuche sind. Gegenüber dem Vorjahresmonat – kurz vor dem Ausbruch der Corona-Krise 2020 – ist das ein Anstieg um mehr als 41 Prozent...

[Weiterlesen](#) bei Prof. Dr. Stefan Sell auf dem Internetportal "[Aktuelle Sozialpolitik](#)"

Hartz IV: IAB Reformvorschläge

Das Fazit der [IAB Analyse](#) lautet, dass es stellenweise Reformbedarf beim Hartz IV System gibt, es aber unklug wäre, das System als Ganzes abzuschaffen. Vielmehr sollten einige Härten gemildert und den Betroffenen zugleich bessere und nachhaltigere Arbeitsmarktperspektiven eröffnet werden.

Diakonie Konzept zur Reformierung von Hartz IV

Die Diakonie schlägt in dem Konzeptpapier "[Existenzsicherung neu denken – Hartz IV überwinden](#)" vor, die existenzsichernden Hilfen grundlegend neu zu gestalten.

Das Konzept setzt auf drei Bausteine

1. Eine "Existenzsicherungsstelle", die für materielle Absicherung sorgt.
2. Ein "Kompetenzzentrum Arbeit und berufliche Bildung", das sich auf eine anreizorientierte Arbeitsförderung konzentriert.
3. Vertrauensbasierte "Personenbezogene Soziale Dienste", insbesondere eine für alle offene "Allgemeine Sozialberatung", die den Bedarf psychosozialer Hilfen bearbeitet.

[Pressemitteilung](#) vom 29.03.2021

Teilhabechancengesetzes – Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung

Das Förderinstrumentarium der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurde durch das Teilhabechancengesetz grundlegend erweitert. Seither stehen zwei neue Lohnkostenzuschüsse zur Verfügung, um die Erwerbsbeteiligung besonders arbeitsmarktferner Leistungsberechtigter zu fördern. Zwei Jahre nach ihrer Einführung legt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung [erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung](#) vor.

Neue IAB-Infoplattform: Generation Corona? Der Ausbildungsmarkt in und nach der Pandemie

Die deutsche Wirtschaft steuert in den kommenden Jahren auf Fachkräftengpässe zu. Doch in der aktuell unsicheren wirtschaftlichen Situation bilden viele Unternehmen weniger aus. Die neue [IAB-Infoplattform](#) bündelt Forschungsergebnisse zur Situation auf dem Lehrstellenmarkt seit Beginn der Pandemie.

Paritätischer Gesamtverband macht Vorschläge zur Sicherung der Ausbildung

Durch die Corona-Pandemie hat sich die Situation am Ausbildungsmarkt noch einmal spürbar verschlechtert. Der Paritätische Gesamtverband erwartet keine schnelle Erholung, sondern geht von einem längerfristigen Abwärtstrend aus. Er setzt sich deshalb dafür ein, die [Hilfestellungen für Jugendliche, aber auch für Betriebe](#) deutlich zu intensivieren - unter anderem mit dem Vorschlag, junge Menschen am besonders fragilen Übergang von der Schule in die Ausbildung durch ein individuelles Coaching-Angebot zu unterstützen.

Geringfügige Beschäftigung: Ausweiten oder Abschaffen?

Die [Stellungnahme des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung \(IAB\)](#) beinhaltet zum einen eine Darstellung des Minijob-Arrangements (Geltungsbereich, Krisenanfälligkeit, Risiken und Probleme). Zum anderen werden drei Anträge bewertet, die bei der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestags am 22.2.2021 behandelt wurden.

Neue Projektmappe präsentiert Projekte des Sonderprogramms ÜBS-Digitalisierung

Im Sonderprogramm ÜBS-Digitalisierung starten seit Herbst 2020 neue Projekte, die digitale Technologien in die überbetriebliche Ausbildung integrieren und moderne Ausbildungskonzepte entwickeln. In der Mappe "[Die überbetriebliche Ausbildung digital voranbringen](#)" werden die Projekte vorgestellt.

KOFA Kompakt: Qualifikationen von Frauen richtig erkennen und nutzen

"KOFA Kompakt 2/2021" analysiert die [Situation von Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt](#). Frauen sind zwar mittlerweile ähnlich gut qualifiziert wie Männer und stellen im Jahr

2019 fast die Hälfte der 45,3 Millionen Erwerbstätigen dar. Dennoch haben sie teilweise niedrigere Positionen auf dem Arbeitsmarkt als Männer und arbeiten nicht immer entsprechend ihrer formalen Qualifikationen.

Doppelte Diskriminierung: Erwerbssituation von Frauen mit Behinderung

Frauen mit Schwerbehinderung sind auf dem Arbeitsmarkt gleich doppelt benachteiligt: Als Frau und als Menschen mit Behinderung.

Dies zeigt eine [repräsentative Studie der Aktion Mensch](#).

Frauen im Fokus der Migrations- und Integrationsforschung

Zum Weltfrauentag hatte das BAMF-Forschungszentrum [neue Forschungsergebnisse zur gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen und Männern mit Fluchterfahrung](#) veröffentlicht.

IAB-Infoplattform: Homeoffice – mobiles Arbeiten zu Hause

Die neue IAB-Infoplattform: [“Homeoffice – mobiles Arbeiten zu Hause“](#) informiert über die Möglichkeiten und Chancen mobilen Arbeitens von zu Hause für Beschäftigte und Unternehmen.

Eckpunktepapier Mindestlohn vorgestellt

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesfinanzministerium haben ein Eckpunktepapier zum Mindestlohn veröffentlicht.

[Weiterlesen](#) in der BMAS Pressemitteilung vom 09.03.2021

Leistungsfähigkeit der Jobcenter: Die aktuellen Kennzahlen nach § 48a SGB II

Die monatlichen Kennzahlen nach § 48a SGB II zeigen die [Leistungsfähigkeit der Jobcenter bundesweit](#). Mehr dazu auf dem "Portal für die Jobcenter-Praxis" der "Servicestelle SGB II", einer Initiative des BMAS.

Veröffentlichungen

Entwurf des 6. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung

Zu den zentralen Befunden des Berichtsentwurfes zählen die ungleiche Einkommens- und Vermögensentwicklung: Demnach verfügt die obere Hälfte der Verteilung über 70 Prozent aller Einkommen, die untere Hälfte über 30 Prozent. Die Vermögen sind sogar noch ungleicher verteilt: "Haushalte in der oberen Hälfte der Verteilung besaßen etwa 97,5 Prozent, Personen etwa 99,5 Prozent des Gesamtvermögens"...

[Zusammenfassung und Download](#) des Entwurfs auf der Internetseite des PARITÄTISCHEN

Datenreport 2021: Armutsrisiken haben sich verfestigt

Wer in Deutschland einmal unter die Armutsgrenze rutscht, bleibt immer öfter länger arm. So beträgt der Anteil dauerhaft von Armut bedrohter Menschen an allen Armen 44 Prozent – und ist damit mehr als doppelt so hoch wie noch 1998. Das belegt der [Datenreport 2021](#) des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).

Dokumentation: Neuigkeiten zum Thema "Gender und Covid-19"

Die [Agentur für Querschnittsziele im ESF](#) zielt mit ihrem Angebot darauf ab, die ESF-Querschnittsziele in den ESF-Programmen zu verankern. Auf ihrer Website wurde die Online-Materialsammlung um die Kategorie ["Gender und Covid-19"](#) erweitert. Hier finden Sie interessante Publikationen, die sich u.a. mit der Rollenverteilung während der Pandemie befassen, aber auch Einblicke in die unterdurchschnittliche Entlohnung systemrelevanter Berufe geben.

Auswirkungen der Digitalisierung der Arbeitswelt auf die Erwerbstätigkeit von Frauen

Die vorliegende Kurzexpertise untersucht die Chancen und Risiken, die der digitale Wandel am Arbeitsmarkt spezifisch für Frauen mit sich bringt und gibt einen fundierten Überblick

über die Erkenntnisse der nationalen und internationalen volkswirtschaftswissenschaftlichen Forschungsliteratur. Weiterlesen auf der [BMAS-Internetseite](#)

Repräsentativbefragung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - 4. Zwischenbericht

Ziel der Erhebung ist, bestehende Forschungslücken zu schließen, um belastbare Aussagen über die Lebenswelt von allen Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen treffen zu können. Der vierte Zwischenbericht referiert den Stand des Projektes bis zum Sommer 2020.

Weitere Infos auf der [Internetseite](#) des BMAS

Veranstaltungen

Deutsches Ausbildungsforum 2021

Das Deutsche Ausbildungsforum geht in die nächste Runde – online, mit Beiträgen rund um die Frage "Corona, Digitalisierung, Demografie: Wie geht es weiter mit der betrieblichen Ausbildung in Deutschland?" Die Veranstaltung umfasst unter anderem ein Round-Table-Gespräch, Webinare und Praxisberichte zertifizierter Ausbildungsbetriebe.

Termin und Ort: 20./22./27. und 29. April 2021 – Online. Teilnahmegebühren von 130 bis 490 Euro.

Alle Infos und Anmeldung auf der [Website des Deutschen Ausbildungsforums](#) .

Schwer erreichbare junge Menschen

Seit 2016 gibt es Maßnahmen nach § 16h SGB II. Im Seminar der bag arbeit werden Stolpersteine auf dem Weg zu einer Förderung, der Zielgruppenansprache und Maßnahmenumsetzung angesprochen und Lösungswege aufgezeigt. Dazu soll vor allem der Erfahrungsaustausch dienen.

Termin und Ort: 23. April 2021 – Online. Teilnahmegebühren von 195 bis 250 Euro.

[Alle Infos und Anmeldung](#) .

Bitkom Online-Bildungskonferenz 2021

Die digitale Transformation des Bildungssektors verändert grundlegend die Art und Weise, wie wir lernen. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie dringend wir diese Veränderung brauchen. Nicht nur Schulen müssen digitales Lernen und ein sicheres virtuelles Klassenzimmer ermöglichen, auch auf dem weiteren Bildungs- und Berufsweg stehen Digital Skills und Weiterbildungen auf der Agenda.

Diskutieren Sie auf der Bildungskonferenz virtuell mit Teilnehmenden aus Politik, Bildungspraxis, Wirtschaft und Zivilgesellschaft darüber, wie die Lernkulturen der Zukunft aussehen und wie die digitale Bildungsoffensive gelingen kann.

Termin und Ort: 28./29. April 2021 – Online. Keine Teilnahmegebühren.

Alle Infos und Anmeldung auf der [Website der Bildungskonferenz](#) .

Aktuelle Fragen der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die digitale Fachveranstaltung des Deutschen Vereins befasst sich mit leistungsrechtlichen Fragestellungen, die für Fachkräfte im Jobcenter wie auch in den Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege für ihre tägliche Arbeit von Bedeutung sind.

Diskutiert werden gesetzliche Neuregelungen im SGB II, Entwicklungen im Zusammenhang mit dem erleichterten Zugang des § 67 SGB II, das Sanktionsrecht und seine Umsetzung seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 05. November 2019 sowie die Entwicklungen im Bereich der Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Um aktuelle Probleme der Sozialleistungspraxis aufgreifen zu können, werden eventuelle weitere inhaltliche Schwerpunkte der Veranstaltung kurzfristig festgesetzt.

Termin und Ort: 17.05.-19.05.2021 – Online. Teilnahmegebühren von 67 bis 84 Euro.

Anmeldung bis zum 03.05.2021

[Alle Infos und Anmeldung](#)